

## **PRESSEMELDUNG**

18. Dezember 2020

Umwandlungsverbot von Wohnungen

### **Eigentumsbildung fördern statt behindern**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) spricht sich gegen das von der Bundesregierung geplante Umwandlungsverbot von Wohnungen aus. „Das Verbot, Mietwohnung in Eigentumswohnungen umzuwandeln, ist ein unzumutbarer Eingriff in die Eigentumsrechte der Inhaber“, sagt MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Das Verbot widerspreche den Bemühungen der Union, Eigentumsbildung gerade von jungen Familien zu fördern. „Deswegen setzen wir uns gemeinsam mit den Fachpolitikern der CDU/CSU-Fraktion dafür ein, das geplante Umwandlungsverbot aus dem Gesetzentwurf zu streichen“, so Linnemann.

Außerdem fordert die MIT in einem Beschluss des Präsidiums, dass die Länder den vom Bund festgelegten Grunderwerbssteuersatz von 3,5 Prozent nicht überschreiten dürfen. Linnemann: „Die Grunderwerbsteuer ist in den meisten Ländern, so hoch, dass das gerade für junge Familien den Kauf des Eigenheims massiv erschwert.“ Am besten wäre es, wenn es bei der Grunderwerbsteuer einen familienfreundlichen Freibetrag gebe, so Linnemann.

*Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.*

#### Kontakt

Micha Knodt | Kommunikation | MIT-Bundesgeschäftsstelle  
Schadowstr. 3 | 10117 Berlin | T: 030 220798-15 | knodt@mit-bund.de | www.mit-bund.de